

Ausbildungsvereinbarung

Grundlage: Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Kultusministeriums Baden-Württemberg an der Fachschule für Sozialpädagogik – Berufskolleg (Schulbesuchsbestimmung 41-6623.28/132 vom 09.03.2004; Stand 41-6623.28/181 v. 29.12.2010) und Gemeinsame Grundsätze des Kultusministeriums und des Sozialministeriums für die praktische Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher (gültig ab Schuljahr 2007/2008)

- Schule
 Einrichtung
 Berufspraktikant

Die Berufspraktikantin/der Berufspraktikant

Name, Vorname _____ Straße _____

geb. am _____ PLZ, Wohnort _____

in; Kreis _____ Telefon _____

leistet im Rahmen der Ausbildung zur Erzieherin/zum Erzieher in der Einrichtung

Name _____

Strasse _____

PLZ, Ort _____

Telefon, e-mail _____

Träger der Einrichtung _____

Leiter/in der Einrichtung _____

das einjährige Berufspraktikum ab.

Dauer des Ausbildungsvertrags

Der Ausbildungsvertrag wird gültig sein vom _____ bis _____

Einsatz der Berufspraktikantin/des Berufspraktikanten

Einsatz im (zutreffendes ankreuzen)	Kindergarten	Hort	Heim	andere Einrichtung – welche
Anzahl der Gruppen				
Anzahl der Erzieherinnen/Erzieher in der Gruppe				
durchschnittliche Gruppenstärke				
Besonderheiten (z.B. Schichtdienst)				
Entfernung der Praktikumsstelle von der Schule				Km

Die Anleitung der Berufspraktikantin/des Berufspraktikanten in der Gruppe erfolgt durch

Name	Dienstalter	Ausbildung
	weniger als 2 Jahre	staatl. anerkannte/r Sozialpädagoge/in
	mehr als 2 Jahre	staatl. anerkannte/r Erzieher/in
		andere/ welche?

Die Unterzeichner verpflichten sich zur Ausbildung und zur Einhaltung der in dieser Ausbildungsvereinbarung gemachten Angaben gemäß der Ausbildungs- und Prüfungsordnung, der Gemeinsamen Grundsätze und den jeweils geltenden Richtlinien der Johanna-Wittum-Schule Pforzheim

Der Träger der Praktikumsstelle verpflichtet sich, mit der Praktikantin/dem Praktikanten nach den jeweils geltenden tariflichen Bestimmungen einen Praktikumsvertrag zu schließen.

Praktikumsstelle

Schule

Ort, Datum

Ort, Datum

Unterschrift der Leiterin/des Leiters

Unterschrift der Schulleitung

Datenschutzerklärung

Diese Datenschutzerklärung klärt Sie über die Art, den Umfang und Zweck der Verarbeitung von personenbezogenen Daten (nachfolgend kurz „Daten“) im Rahmen der Aufnahme an die Johanna-Wittum-Schule Pforzheim auf. Im Hinblick auf die verwendeten Begrifflichkeiten, wie z.B. „Verarbeitung“ oder „Verantwortlicher“ verweisen wir auf die Definitionen im Art. 4 der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO).

Verantwortlicher für die Johanna-Wittum-Schule

Johanna-Wittum-Schule Pforzheim
Kaulbachstr. 34
75175 Pforzheim
Tel: +49 7231 / 39 2363 Fax: +49 7231 / 39 2579
Mail: jws@stadt-pforzheim.de
Schulleitung: Dr. Ulrike Kagerhuber (Schulleiterin) Michaela Keinath (Stellvertretende Schulleiterin)

Datenschutzbeauftragter für die Johanna-Wittum-Schule

Frau Regierungsdirektorin Claudia Schubath
Regierungspräsidium Karlsruhe
76247 Karlsruhe
Mail: Claudia.Schubath@rpk.bwl.de

Zweck der Datenerhebung

Die Datenerhebung ist für die Aufnahme an der Johanna-Wittum-Schule Pforzheim erforderlich und dient schulischen und statistischen Zwecken. Die Verarbeitung ist somit zur Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen sowie für die Wahrnehmung unserer Aufgaben erforderlich.

Verwendete Begrifflichkeiten

„Personenbezogene Daten“ sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen identifiziert werden kann, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind.
„Verarbeitung“ ist jeder mit oder ohne Hilfe automatisierter Verfahren ausgeführten Vorgang oder jede solche Vorgangsreihe im Zusammenhang mit personenbezogenen Daten. Der Begriff reicht weit und umfasst praktisch jeden Umgang mit Daten.
Als „Verantwortlicher“ wird die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet, bezeichnet.

Maßgebliche Rechtsgrundlagen

Nach Maßgabe des Art. 13 DSGVO teilen wir Ihnen die Rechtsgrundlagen unserer Datenverarbeitungen mit. Sofern die Rechtsgrundlage in der Datenschutzerklärung nicht genannt wird, gilt Folgendes: Die Rechtsgrundlage für die Einholung von Einwilligungen ist Art. 6 Abs. 1 lit. a und Art. 7 DSGVO, die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zur Erfüllung unserer rechtlichen Verpflichtungen ist Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO, die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten, die erforderlich sind, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen ist ErwG. 45 sowie Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO, die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung von Daten, die erforderlich ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde ist Art. 6 Abs. 1 lit. e DSGVO und die Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zur Wahrung unserer berechtigten Interessen ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO. Unterabsatz 1 Buchstabe f von Art. 6 der DSGVO gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung. Die Verarbeitung besonderer Kategorien von persönlichen Daten, vor allem im Sinne von besonders sensiblen Daten, erfolgt nur bei erheblichem öffentlichen Interesse gem. Art. 9 Abs. 2. lit. g DSGVO.

Zusammenarbeit mit Auftragsverarbeitern und Dritten

Sofern wir im Rahmen unserer Verarbeitung Daten gegenüber anderen Personen und Unternehmen (Auftragsverarbeitern oder Dritten) offenbaren, sie an diese übermitteln oder ihnen sonst Zugriff auf die Daten gewähren, erfolgt dies nur auf Grundlage einer gesetzlichen Erlaubnis oder wenn Sie eingewilligt haben, eine rechtliche Verpflichtung dies vorsieht oder auf Grundlage unserer berechtigten Interessen. Sofern wir Dritte mit der Verarbeitung von Daten auf Grundlage eines sog. „Auftragsverarbeitungsvertrages“ beauftragen, geschieht dies auf Grundlage des Art. 28 DSGVO.

Rechte der betroffenen Personen

Sie haben das Recht, eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob betreffende Daten verarbeitet werden und auf Auskunft über diese Daten sowie auf weitere Informationen und Kopie der Daten entsprechend Art. 15 DSGVO.
Sie haben entsprechend Art. 16 DSGVO das Recht, die Vervollständigung der Sie betreffenden Daten oder die Berichtigung der Sie betreffenden unrichtigen Daten zu verlangen.
Sie haben nach Maßgabe des Art. 17 DSGVO das Recht zu verlangen, dass betreffende Daten unverzüglich gelöscht werden, bzw. alternativ nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO eine Einschränkung der Verarbeitung der Daten zu verlangen.
Sie haben das Recht zu verlangen, dass die Sie betreffenden Daten, die Sie uns bereitgestellt haben nach Maßgabe des Art. 20 DSGVO zu erhalten und deren Übermittlung an andere Verantwortliche zu fordern.
Sie haben ferner gem. Art. 77 DSGVO das Recht, eine Beschwerde bei der zuständigen Aufsichtsbehörde einzureichen.

Mitteilungspflicht im Zusammenhang mit der Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder der Einschränkung der Verarbeitung

Der Verantwortliche teilt allen Empfängern, denen personenbezogenen Daten offengelegt wurden, jede Berichtigung oder Löschung der personenbezogenen Daten oder eine Einschränkung der Verarbeitung nach Artikel 16 DSGVO, Artikel 17 Absatz 1 DSGVO und Artikel 18 DSGVO mit, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden. Der Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Empfänger, wenn die betroffene Person dies verlangt.

Widerrufsrecht

Sie haben das Recht, erteilte Einwilligungen gem. Art. 7 Abs. 3 DSGVO mit Wirkung für die Zukunft zu widerrufen.

Widerspruchsrecht

Sie können der künftigen Verarbeitung der Sie betreffenden Daten nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO jederzeit widersprechen.

Löschung von Daten

Die von uns verarbeiteten Daten werden nach Maßgabe der Art. 17 und 18 DSGVO gelöscht oder in ihrer Verarbeitung eingeschränkt. Sofern nicht im Rahmen dieser Datenschutzerklärung ausdrücklich angegeben, werden die bei uns gespeicherten Daten gelöscht, sobald sie für ihre Zweckbestimmung nicht mehr erforderlich sind und der Löschung keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten entgegenstehen. Sofern die Daten nicht gelöscht werden, weil sie für andere und gesetzlich zulässige Zwecke erforderlich sind, wird deren Verarbeitung eingeschränkt. D.h. die Daten werden gesperrt und nicht für andere Zwecke verarbeitet.

Hiermit erkläre ich, dass ich die umseitige Datenschutzerklärung zur Kenntnis genommen habe:

Pforzheim, _____

(Datum)

(Unterschrift des Bewerbers und/oder des gesetzlichen Vertreters)